

Auf der 5. Sitzung des Bundesvorstandes vom 26.-27. Oktober 2001 in Potsdam



wurden wie stets die Berichte des geschäftsführenden Vorstands wie der einzelnen Landesverbände referiert, aber auch das weitere Vorgehen zum Hochschulrahmen-Änderungsgesetz und zum Professorenbesoldungsgesetz – hier insbesondere zur Frage der Leistungsbewertung – erörtert.

Weitere Eckpunkte der Sitzung waren die geplante Kooperationsvereinbarung mit dem Hochschullehrerbund, Informationen zur Versorgungssituation in den Neuen Bundesländern und zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zum Wissenschaftlertarifvertrag.

Im Rahmen der Bundeshauptvorstandssitzung des vhw vom 26.-27.10.2001 in Potsdam konnte ein hochschulpolitisches Gespräch mit dem Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Herrn Dr. Christoph Helm, durchgeführt werden. Der Themenkatalog Reform des Hochschuldienstrechts, Juniorprofessuren (Habilitation?), Bachelor-/Masterstudiengänge, Umsetzung der Dienstrechtsreform in den Bundesländern (Leistungszulagen) konnte in einer engagierten Diskussion von der Bundesvorsitzenden Frau Prof. Dr. Platz-Waury (FH Heilbronn) in Begleitung von Herrn Dr. Kroll (Uni Mainz) und Herrn Prof. Dr. Schmeer (Uni Potsdam) dargelegt werden. Staatssekretär Dr. Helm wies auf die anstehenden Probleme zur Novelle des HRG hin und sah auch Schwierigkeiten bei dem Professorenbesoldungs-Neuregelungsgesetz in den einzelnen Bundesländern, von denen eine einvernehmliche Lösung zu erwarten wäre.

In einem weiteren Gespräch mit der Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Frau Beate Blechinger, konnte der Landesvorsitzende des VHW Brandenburg, Prof. Dr. Ernst Schmeer, die Bedenken des vhw bezüglich der zukünftigen Besoldungsstruktur im Hochschulbereich erörtern, auf die besonderen Probleme – u.a. das vorgesehene Grundgehalt als Professorengehalt – aufmerksam machen und auf die nachteiligen Auswirkungen in der Hochschullandschaft der Bundesrepublik Deutschland hinweisen. Frau Blechinger teilte diese Bedenken und wies noch auf ein Gespräch mit dem SPD/CDU-Arbeitskreis "Wissenschaft, Forschung und Kultur" des brandenburgischen Landtages hin.